

Kleine Anfrage

des Abg. Willi Stächele CDU

und

Antwort

des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration

Jugend- und Drogenberatung im Fokus der Freigabe von Cannabis im Wahlkreis Kehl

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Menschen, gruppiert nach Alter und Geschlecht, haben in den vergangenen fünf Jahren die Drogen- und Suchtberatungsstelle in Kehl aufgesucht?
2. Wann wurden zuletzt die Mittel für die Jugend- und Drogenberatungsstelle in Kehl erhöht?
3. Teilt sie die Auffassung der Oberbürgermeister der Städte Kehl und Straßburg zur geplanten Freigabe von Cannabis?
4. Ist ihr bekannt, ob ein Verbot der Abgabe von Cannabis an Käufer aus dem europäischen Ausland rechtlich möglich ist?
5. Ist sie bereit, den zu erwartenden steigenden Beratungsbedarf nach der geplanten Freigabe von Cannabis in der Jugend- und Drogenberatungsstelle in Kehl finanziell und personell zu unterstützen?
6. Ist sie bereit, nach einer Freigabe von Cannabis ein Präventionskonzept für die Beratungsstelle in Kehl finanziell zu unterstützen?

13.3.2023

Stächele CDU

Begründung

Die Jugend- und Drogenberatungsstelle in Kehl hat in den vergangenen Jahren einen starken Anstieg des Beratungsbedarfs verzeichnen müssen. Nach der geplanten Freigabe von Cannabis wird sich dieser Beratungsbedarf nach Ansicht des Fragestellers in Zukunft noch weiter verstärken. So ist zu befürchten, dass insbesondere bei jüngeren Konsumenten eine deutliche Erhöhung der Prävention und Information angeboten werden muss, was jedoch eine Personalmehrung in der Beratungsstelle voraussetzt. Auch werden verstärkt Multiplikatoren-Schulungen durchgeführt werden müssen, damit insbesondere im Bereich der Schulsozialarbeit wichtige Schritte für die Prävention durch Kommunikation und ein frühzeitiges Erkennen von Verhaltensänderungen eingeschlagen werden können.

Aufgrund der Grenznähe zu Frankreich, zur Europametropole Straßburg und des Cannabisverbots in Frankreich wird nach der geplanten Freigabe von Cannabis in Deutschland auch mit einer verstärkten und nicht durch entsprechende Präventionsangebote flankierten Nachfrage französischer Konsumenten zu rechnen sein. Ähnliche Entwicklungen haben sich im Bereich Glücksspiel bereits verdeutlicht.

Antwort

Mit Schreiben vom 3. April 2023 Nr. 55-0141.017/4392 beantwortet das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration die Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Menschen, gruppiert nach Alter und Geschlecht, haben in den vergangenen fünf Jahren die Drogen- und Suchtberatungsstelle in Kehl aufgesucht?

Die Anzahl der Menschen, die die Drogen- und Suchtberatungsstelle in Kehl aufgesucht haben, ergibt sich aus nachfolgender Tabelle. Aufgrund eines Wechsels der Software zur Basisdokumentation in 2018 können nur die letzten vier Jahre ausgewertet werden.

**Auswertung Betreuungsbereich Kehl
2019 bis 2022**

	2022	2021	2020	2019
Geschlecht				
männlich	179	177	161	151
weiblich	75	64	71	52
Summe	254	241	232	203
Altersverteilung				
< 20	18	22	26	17
20 bis 29	46	55	38	32
30 bis 39	61	55	62	55
40 bis 49	80	75	65	57
50 bis 59	38	22	25	21
60 bis 69	9	8	7	6
70 bis 79	1	2	1	3
> 79	1	2	2	3
unbekannt			6	9
Summe	254	241	232	203
Altersdurchschnitt				
Gesamt	38,77	36,64	36,13	37,14

2. Wann wurden zuletzt die Mittel für die Jugend- und Drogenberatungsstelle in Kehl erhöht?

Drogenberatungsstellen bzw. Psychosoziale Beratungs- und ambulante Behandlungsstellen für Suchtgefährdete und -kranke sowie für Kontaktläden (PSB/KL) nehmen die Aufgaben der Suchtprävention und Suchthilfe als Daseinsvorsorge vor Ort in den Stadt- und Landkreisen wahr. Die Mittel des Landkreises für die Jugend- und Drogenberatungsstelle Kehl wurden zuletzt von 2022 auf 2023 erhöht. Die Zuschüsse des Landes als Freiwilligkeitsleistung nach der Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums zur Gewährung von Zuwendungen für Psychosoziale Beratungs- und ambulante Behandlungsstellen für Suchtgefährdete und -kranke sowie für Kontaktläden (VwV-PSB/KL) wurden nach einer zwischenzeitigen Absenkung im Jahr 2019 wieder auf den Betrag von 17 900 Euro pro Stelle erhöht und sind seither unverändert.

3. Teilt sie die Auffassung der Oberbürgermeister der Städte Kehl und Straßburg zur geplanten Freigabe von Cannabis?

4. Ist ihr bekannt, ob ein Verbot der Abgabe von Cannabis an Käufer aus dem europäischen Ausland rechtlich möglich ist?

Die Fragen 3 und 4 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Nach Auskunft des Bundesgesundheitsministeriums ist es der Bundesregierung ein wichtiges Anliegen, bei der kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken auf die gesundheitspolitischen Belange von Nachbarstaaten Rücksicht zu nehmen und grenzüberschreitenden Drogentourismus zu verhindern. Dabei wird ein besonderes Augenmerk auf konsumierende Jugendliche zu legen sein. Eine konkrete Ausgestaltung der Abgabevorschriften wird im Gesetzgebungsverfahren erfolgen. Die Bundesregierung wird prüfen, ob die kontrollierte Abgabe von Genusscannabis auf Personen beschränkt werden kann, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben.

5. Ist sie bereit, den zu erwartenden steigenden Beratungsbedarf nach der geplanten Freigabe von Cannabis in der Jugend- und Drogenberatungsstelle in Kehl finanziell und personell zu unterstützen?

6. Ist sie bereit, nach einer Freigabe von Cannabis ein Präventionskonzept für die Beratungsstelle in Kehl finanziell zu unterstützen?

Die Fragen 5 und 6 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

In einer Unterarbeitsgruppe Cannabisprävention der beim Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration angesiedelten AG Suchtprävention wird für Baden-Württemberg gemeinsam mit den beteiligten Akteuren der Suchtprävention derzeit erörtert, wie mit dem Beratungsbedarf nach einer möglichen Freigabe von Cannabis umzugehen sein wird. Dabei kann insbesondere auf bereits bewährte und in Baden-Württemberg vielfach eingesetzte Präventionskonzepte zu Cannabis zurückgegriffen werden.

Die Länder haben gegenüber dem Bund die ausreichende Bereitstellung von Mitteln für Information, Aufklärung und Beratung eingefordert. Entsprechende Mittel soll der Bund auch für die Länder und Kommunen bereitstellen.

Lucha

Minister für Soziales,
Gesundheit und Integration